

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD-Stadträtinnen fordern Nürnberger Bündnis für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Vernetzung von Fachleuten als Unterstützung für best- und schnellstmögliche Hilfe

Die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit depressiven Erkrankungen steigt – auch in Nürnberg. Betroffen sind derzeit bundesweit circa zwei bis drei Prozent der Kinder und fünf bis zehn Prozent der Jugendlichen. Laut dem Bayerischen Kindergesundheitsbericht aus dem Jahr 2015 sind bei 26,8 Prozent aller in Bayern wohnenden Kinder unter 15 Jahren, die einen Arztkontakt hatten, eine Diagnose aus der Gruppe „Psychische- und Verhaltensstörungen“ der Grund dafür. Das sind fast 470.000 Kinder allein in Bayern. Und die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen.

Damit zählen seelische Erkrankungen zu den häufigsten Krankheiten der Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Diese alarmierenden Zahlen nahmen die SPD-Stadträtinnen Claudia Arabackyj, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und die gesundheitspolitische Sprecherin Anita Wojciechowski zum Anlass, um im Rahmen der Gesprächsreihe Neu-N mit Fachleuten vom Klinikum Nürnberg, dem Jugendamt und Beratungsstellen eine Bestandsaufnahme der Situation in Nürnberg zu machen. Ein wichtiges Anliegen war dabei auch die Vernetzung der vielen Akteure.

Wojciechowski, die auch beruflich mit dem Thema zu tun hat, weiß: „Unstrittig ist, dass Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie nur erfolgreich und weiterführend arbeiten kann, wenn alle in dieser Versorgung Tätigen, also Jugendhilfe, Schule, niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten vernetzt zum Wohle des Kindes bzw. des Jugendlichen mit der Familie arbeiten.“ Die Stadträtinnen fordern deshalb ein „Bündnis für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ für Nürnberg zu gründen und unter Federführung der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Nürnberg ein Konzept zur Vernetzung der Fachtätigen zu entwickeln.

Claudia Arabackyj erklärt das Ziel des Bündnisses folgendermaßen: „Wir wollen dafür sorgen, dass die bestmögliche Hilfe schneller gefunden wird. Außerdem wollen wir eine stärkere Sensibilisierung für das Thema psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Psychische Erkrankungen unterliegen noch zu häufig einer Stigmatisierung. Hier gilt es Vorurteile abzubauen.“

Die Verwaltung soll auch prüfen, welche finanziellen Fördermöglichkeiten es zur Gründung und Fortschreibung eines Bündnisses gibt. Um eine stärkere Unterstützung der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu ermöglichen, appellieren die Politikerinnen auch an den Freistaat Bayern. Dieser hat das Jahr 2016 unter das Schwerpunktthema psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gestellt. Arabackyj und Wojciechowski hoffen angesichts dieser Schwerpunktsetzung deshalb auch auf Impulse aus München.

Nürnberg, 24. Juni 2016